



Lisa Badum
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 25.09.2018

Der Hambacher Wald: Die wichtigsten Fakten kurz gefasst:

Lisa Badum MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 3.637
Telefon: +49 30 227 - 78008
Fax: +49 30 227- 70008
Email : lisa.badum@bundestag.de

Kontakt Wahlkreis:

BürgerInnenbüro Bamberg
Lisa Badum MdB
Luitpoldstraße 17
96052 Bamberg
Telefon: +49 951 4080530 1
Email: lisa.badum.wk@bundestag.de

- Der Hambacher Wald ist ein 12.000 Jahre alter Wald und Lebensraum für einzigartige Tier- und Pflanzenarten. Die Räumung und beabsichtigte Rodung des Hambacher Walds durch RWE für dreckige Kohle ist sinnlos und muss sofort aufhören. Es konterkariert die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission, wenn jetzt in NRW Fakten geschaffen werden. Deshalb muss es ein Rodungsmoratorium geben.
- Die NRW-Landesregierung behauptet zu Unrecht, die Grünen hätten während ihrer Regierungsbeteiligung den Betrieb des Tagebaus Hambach beschlossen und damit auch die Rodung des Hambacher Waldes. Fakt ist: Die rechtliche Basis für den Abbau sind Braunkohleplanungen aus den früheren 1970er Jahren, als es uns Grüne noch gar nicht gab. Es gibt keinen einzigen Grünen in NRW, der die Räumung und Rodung des Hambacher Waldes befürwortet.
- Wir Grüne haben 2010 hingegen erreicht, den Neuaufschluss von Tagebauen in NRW gegen den erklärten Willen von SPD, CDU und FDP zu verbieten und damit den Ausstieg aus der Braunkohlegewinnung zu besiegeln. Außerdem haben Grüne - ebenfalls gegen SPD, CDU und FDP - den Tagebau Garzweiler um ein Drittel verkleinert und 1.400 Menschen vor der Zwangsumsiedlung gerettet. Im Gegensatz zu Garzweiler ist es uns beim Tagebau Hambach aufgrund der politischen Konstellation nicht gelungen, die seit über 40 Jahren gültige Tagebauplanung relevant zu verändern.



Lisa Badum
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 25.09.2018

Lisa Badum MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 3.637
Telefon: +49 30 227 - 78008
Fax: +49 30 227- 70008
Email : lisa.badum@bundestag.de

Kontakt Wahlkreis:

BürgerInnenbüro Bamberg
Lisa Badum MdB
Luitpoldstraße 17
96052 Bamberg
Telefon: +49 951 4080530 1
Email: lisa.badum.wk@bundestag.de

Hintergrund zur Rolle der NRW-Grünen in Bezug auf Braunkohle und den Hambacher Wald

- Während der grünen Regierungsbeteiligung in NRW (2010-2017) haben wir folgende Erfolge im Klimaschutz durchgesetzt:
 1. Koalitionsverträge 2010 und 2012: Keine neuen Tagebaue
Beide Koalitionsverträge erhielten ein Bekenntnis zur schrittweisen Reduktion der Braunkohle und dem Verzicht auf neue Tagebaue. Zu dem Zeitpunkt war ein solches Bekenntnis für den Koalitionspartner SPD ein großer Schritt, bei dem es zum Glück nicht blieb.
 2. Entscheidung der Landesregierung zur Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II im Jahr 2014
Im Frühjahr 2014 entschied die Landesregierung die Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II. Zum damaligen Zeitpunkt stand die Entscheidung des dritten Umsiedlungsabschnittes von Garzweiler II an. Wir GRÜNE haben diese mitgetragen aber gleichzeitig erreicht, dass die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den vierten Umsiedlungsabschnitt, dessen Umsetzung ab 2030 angestanden hätte, überprüft wurden. Das führte dazu, dass die Umsiedlungen im Tagebau Garzweiler II des dritten Umsiedlungsabschnittes noch durchgeführt werden, die des vierten jedoch nicht mehr. Die genauen Abbaugrenzen sollten in einer neuen Leitentscheidung festgelegt werden.
 3. Leitentscheidung 2016
In einem zweijährigen Prozess wurde auf der Basis der Entscheidung der Landesregierung eine neue Leitentscheidung erarbeitet. Darin werden Entscheidungen u.a. zur Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II inkl. eines Mindestabstands zur Wohnbebauung und Vermeidung einer „Insellage“ der Ortschaft Holzweiler, zur Lage und Gestaltung des Restsees in Garzweiler II festgelegt sowie ein Bekenntnis zur proaktiven Gestaltung des Strukturwandels formuliert.
Wir GRÜNE hätten uns auch schon zu diesem Zeitpunkt ein festes Ausstiegsdatum aus der Braunkohle und eine sehr viel weitgehendere Verkleinerung – auch der anderen Tagebaue – gewünscht. Dies konnten wir leider nicht durchsetzen. Was wir aber niemals vergessen dürfen: Die Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II hätte es ohne GRÜNE in der Regierung



nicht gegeben. Diese Entscheidung war der Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohlenutzung. Denn letztendlich haben wir erreicht:

- 400 Millionen Tonnen Braunkohle bleiben dadurch sicher in der Erde
- 1.400 Menschen müssen nicht mehr umgesiedelt werden

In der Leitentscheidung zur Verkleinerung von Garzweiler II wird für keinen der Tagebaue ein Zeitpunkt des Abbau-Endes definiert.

- In den Verhandlungen zur Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II ging es auch nur genau um diesen Tagebau. Die Behauptung, Rot-Grün habe 2014 bei der Entscheidung zur Verkleinerung oder 2016 bei der Leitentscheidung Entscheidungen zum Hambacher Wald gefällt, ist eine infame Unterstellung der Braunkohlebefürworter, um unseren historischen Erfolg zu relativieren. Die Abbaugenehmigung für Hambach stammt aus dem Jahr 1974 und gilt bis 2040. Dass wir angesichts der politischen Konstellation keine Ansatzpunkte gefunden haben, um die uralten Genehmigungen zu verändern, macht sie aber nicht zu unseren Entscheidungen. Für die Tagebaue Hambach und auch Inden wurde keine Änderung beschlossen, weil es keinen konkreten Anknüpfungspunkt für eine Änderung gab. Im Fall von Garzweiler lag mit den anstehenden Entscheidungen zu möglichen Umsiedlungen ein solcher Anknüpfungspunkt vor, welchen wir Grüne erfolgreich genutzt haben.
- Seit der Leitentscheidung im Jahr 2016 haben sich einige grundlegende Änderungen an den energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen ergeben: Aus der Ratifizierung des Klimaabkommens von Paris im Oktober 2016 ergeben sich höhere Anforderungen an die Reduktion von Treibhausgasemissionen für Deutschland und somit auch für NRW; der Klimaschutzplan der Bundesregierung vom November 2016 sieht für die Energiewirtschaft eine Reduktion von 61 – 62 Prozent der Emissionen im Jahr 2030 gegenüber 1990 vor; und der Koalitionsvertrag der Großen Koalition und der Einsetzungsbeschluss der „Kohle-Kommission“ sehen eine schrittweise Reduktion und ein Ausstiegsdatum für die Kohleverstromung vor. Die aktuelle NRW-Landesregierung muss auf diese neuen Verhältnisse entsprechend reagieren und neue Leitentscheidungen zu Garzweiler und Hambach beschließen.



Quellen:

Vermerke der Büros Oliver Krischer MdB und Wibke Brems MdL

Weiteres Lesematerial:

Landesgrüne NRW – Fakten statt Populismus:

<https://gruene-nrw.de/aktuelles/fakten-statt-populismus-gruene-und-der-hambacher-wald/>

Interview mit Ex-Umweltminister Johannes Remmel in der taz:

<http://www.taz.de/!5534460/>